

## Antrag

Hannover, den 30.08.2019

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU

### **„Häuser des Jugendrechts“ sind schon jetzt ein Erfolgsmodell!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Die Errichtung von „Häusern des Jugendrechts“ ist ein wichtiges justizpolitisches Vorhaben. An den Projektstandorten sollen gleichberechtigte Kooperationsgemeinschaften von Staatsanwaltschaften, Polizei, Jugendgerichtshilfen, Jugendämtern und Amtsgerichten entstehen.

Der Landtag begrüÙt die Umsetzung des Modellprojekts „Haus des Jugendrechts“. Bereits jetzt sind Kooperationsverträge in dieser Sache geschlossen worden für die Standorte Göttingen, Salzgitter und Osnabrück.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Einrichtung von „Häusern des Jugendrechtes“ fortzusetzen,
2. eine Matrix für die fachliche Bewertung der Arbeit der „Häuser des Jugendrechtes“ im laufenden Betrieb zu erarbeiten,
3. mit der fachlichen Beurteilung der Arbeit der „Häuser des Jugendrechtes“ ein Jahr nach der Arbeitsaufnahme aller Modellprojekte zu beginnen.

#### Begründung

Schon in der amtlichen Begründung zur Einführung des Jugendgerichtsgesetzes im Jahr 1953 heißt es, dass aus der Perspektive einer effektiven Einwirkung auf Jugendliche ein schnelles Einschreiten anzustreben sei.

Unabhängig von dem repressiven Gedanken des Strafrechts im Allgemeinen geht es im Jugendstrafrecht auch darum, erneuten Straftaten des Minderjährigen oder Heranwachsenden durch geeignete präventive Maßnahmen entgegenzuwirken. Zu Recht sind die Sanktionen des Jugendstrafrechts daher vorrangig am Erziehungsgedanken ausgerichtet.

Neben der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten oder sonstiger Verfehlungen (z. B. „Schulverweigerung“ oder Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz) von Jugendlichen und Kindern sind die Häuser des Jugendrechts also vor allem dafür zuständig, durch gezielte und zwischen den verschiedenen Akteuren abgestimmte Maßnahmen den Minderjährigen und Heranwachsenden eine Perspektive jenseits von Straftaten aufzuzeigen. Die „Begleitung aus einer Hand“, wie sie die „Häuser des Jugendrechts“ sicherstellen können, ist dafür ein erfolversprechendes Instrument.

Durch diese Kooperation zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Akteuren soll eine Beschleunigung der Jugendstrafverfahren erreicht werden. Neben der Steigerung der Effektivität steht dabei der Grundsatz im Mittelpunkt, dass Jugendliche und Heranwachsende zeitnah erfahren sollen, welche Konsequenzen ihr Handeln hat. Durch eine intensive Zusammenarbeit soll dabei die Jugendkriminalität nachhaltig bekämpft werden.

Eine effektive Zusammenarbeit ist oftmals von dem Engagement der Einzelpersonen und ihren persönlichen Kontakten abhängig. Die „Häuser des Jugendrechts“ sollen jedoch einen Rahmen schaffen, der institutionalisierend wirkt und damit weniger abhängig ist von persönlichen Kontakten.

Um den Erfolg der neuen Einrichtungen messbar zu machen und eventuellen Nachsteuerungsbedarf zu erkennen, sollen die „Häuser des Jugendrechts“ fachlich begleitet und soll deren Arbeit be-

wertet werden. Damit soll nach Einschätzung des Landtags ein Jahr nach der Arbeitsaufnahme aller Modellprojekte in den Oberlandesgerichtsbezirken begonnen werden.

Schwerpunkte sollen dabei folgende Fragestellungen sein:

- Können alle Kooperationspartner ihre festgeschriebenen Aufgaben erfüllen und funktioniert die Zusammenarbeit?
- Wie viele Fallkonferenzen konnten durchgeführt werden?
- Wie entwickelt sich die durchschnittliche Verfahrensdauer?
- Ist eine Rückfallverhinderung delinquenten Jugendstraftäter messbar?
- Haben sich positive individuelle Faktoren ergeben, beispielsweise eine Vermittlung der delinquenten Jugendstraftäter in Arbeit?
- Wie viele erzieherische Maßnahmen wurden angeordnet und durchgeführt?
- Wie viele Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren wurden insgesamt und wie viele letztlich erfolgreich durchgeführt?
- Konnte die Schulpflicht bei „Schulverweigerern“ erfolgreich durchgesetzt werden?

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer